

II-413 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

23.2.1967

177/A.B.

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

zu 183/J

des Bundesministers für soziale Verwaltung Grete R e h o r
auf die Anfrage der Abgeordneten Robert W e i s z und Genossen,
betreffend Einschüchterungsversuche des Staatssekretärs Soronics im Bundes-
ministerium für soziale Verwaltung und Beschuldigungen gegen Beamte dieses
Ressorts.

-.--.-.

Die Geschäftsordnung des Nationalrates sieht keine Verpflichtung vor,
eine Anfrage zu beantworten, die nicht in direktem Zusammenhang mit der
Vollziehung eines Ressorts steht. Dennoch beantworte ich die gestellte An-
frage der Abgeordneten Robert Weisz, Jungwirth und Genossen an die Frau
Bundesminister für soziale Verwaltung.

Zu 1: Die Meldung des Volksblattes vom 11. Februar 1967 über die Rede
des Herrn Staatssekretärs Franz Soronics anlässlich der Gründung der ÖAAB-
Betriebsgruppe im Bundesministerium für soziale Verwaltung gibt in den bei-
den ersten Absätzen einen Auszug aus der Meldung 231 des ÖAAB-Pressedienstes
vom 10. Februar 1967 wieder, der keine Unrichtigkeiten enthält.

Absatz 3 der Meldung stellt einen Kommentar der Redaktion zu dieser
Rede dar:

Ich sah keinen Grund, die Meldung richtigzustellen.

Ich muß in diesem Zusammenhang nachdrücklich betonen: Weder die ohne
Manuskript gesprochene Rede des Herrn Staatssekretärs selbst, noch ihre
kurze, aber authentische Inhaltsangabe im ÖAAB-Pressedienst, die der gesam-
ten Presse vorlag, geben auch nur den geringsten sachlichen Anhaltspunkt,
von einer Säuberungskampagne oder von einer Kampagne zur Einschüchterung der
Beamtenschaft zu sprechen, wie es in einigen Zeitungen geschehen ist.

Den Beweis dafür liefert der Wortlaut der Aussendung des ÖAAB-Presse-
dienstes unter der Überschrift:

Beamte müssen Ressortleiter unterstützen

- Soronics: Mahnung an einzelne Beamte des Sozialressorts - Wien (ÖAAB). -
- Am Donnerstag, dem 9. d.M. fand die Konstituierung der ÖAAB-Betriebsgruppe
des Bundesministeriums für soziale Verwaltung statt. Staatssekretär Franz
Soronics führte dabei in einem Referat unter anderem aus:
Auf Grund unserer Überzeugung, daß auch der Beamte in einer Demokratie eine
politische Meinung haben muß, haben wir seit unserer Amtsübernahme jede po-
litische Meinung anerkannt und respektiert. Niemand wurde von uns gezwungen,

177/A.B.

zu 183/J

seine politische Überzeugung aufzugeben. Es muß hier aber mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß der politisch Handelnde in einem Ministerium sein Leiter ist. Die Beamtenschaft hat die vornehme Aufgabe, den politischen Leiter in seinem Bestreben, der Allgemeinheit zu dienen, zu unterstützen. Im Bereich des Bundesministeriums für soziale Verwaltung gibt es aber noch immer einzelne Beamte, die der Meinung sind, in Fragen der Ressortführung einen eigenen politischen Weg gehen zu können. Es wird gut sein, betonte Staatssekretär Franz Soronics, wenn die gesamte Beamtenschaft diese Grundsätze anerkennt, denn nur so können die schwierigen Probleme des Sozialressorts im Interesse der Gesamtbevölkerung gelöst werden.

Zu 2: Herr Staatssekretär hat frei als ÖAAB-Funktionär zu Kollegen aus dem Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund gesprochen.

Zu 3: Der Herr Staatssekretär hat nicht von einer passiven Resistenz gesprochen, wie die anfragenden Abgeordneten der eben zur Kenntnis gebrachten Rede entnehmen konnten. Er ist ausgegangen von dem Gedanken der Respektierung der politischen Überzeugung eines jeden Beamten durch die Ressortleitung. Er hat weiter ausgeführt, daß die politische Linie des Ministeriums sein Leiter bestimmt, daß es "aber noch immer einzelne Beamte gibt, die der Meinung sind, in Fragen der Ressortführung einen eigenen politischen Weg gehen zu können!"

Der Herr Staatssekretär hat sowohl vor der Personalvertretung wie auch in der Sitzung der Sektionsleiter jene Fälle bekanntgegeben, die ihn zu seiner Feststellung veranlaßt hatten. Die Personalvertreter und die Sektionsleiter stimmten mit der Ressortführung überein, daß Unzukömmlichkeiten vorgekommen sind, für deren Abstellung einvernehmlich gesorgt werden soll.

Es ist daher nicht meine Absicht, durch weitere Äußerungen in dieser durch die Presse hochgespielten Angelegenheit zu einer Verschärfung der Situation beizutragen.

Zu 4: Es gibt keinen einzigen Übergriff gegen einen Beamten und ich habe daher auch keine Veranlassung, Maßnahmen zum Schutze der Beamten im Ressort gegen Übergriffe zu unternehmen. Es ist niemals und mit keinem Wort eine pauschale Diskriminierung der sozialistischen Beamtenschaft in meinem Ministerium erfolgt.

Viel eher kann von einer Diskriminierung der Ressortleitung durch eine gezielte Pressekampagne gesprochen werden, wenn in gewissen Zeitungen von Säuberungsmaßnahmen gegen die sozialistische Beamtenschaft geschrieben wird, ohne daß nur ein einziger Säuberungsfall konkret genannt werden kann.

- 3 -

177/A.B.

zu 183/J

In den Rahmen dieser Diskriminierungsversuche fällt auch, daß sich ein sozialistischer Abgeordneter aus Oberösterreich über Unzukömmlichkeiten beklagt, zu deren Begründung sich Beamte auf Weisungen von mir und dem Herrn Staatssekretär berufen hätten. Der Abgeordnete erklärte in einem Schreiben vom 23. Jänner 1967 allerdings dazu, daß er nicht an diese Weisungen glaube, womit er auch recht hat.

Ich darf den anfragenden Abgeordneten dieselbe Versicherung geben, die ich vor den Herren Sektionsleitern ausgesprochen habe: Die Ressortleitung, der Herr Staatssekretär und ich, sind vom ersten Tag bis heute immer eines Sinnes in der Loyalität allen Beamten gegenüber gewesen und haben auch nicht die Absicht, diese Haltung zu ändern.

-.-.-.-.-